

bzw. die Umgebung Gorbatschows große Hoffnungen in die Reformfähigkeit der Partei, noch wollte man Jelzin das Feld am Rande der Partei und außerhalb allein überlassen. Man wollte also sozusagen an beiden Strängen mitziehen: bei den von der Partei sich lösenden Reformern und an dem der Partei selbst.

So ergibt sich nach dem Parteitag eine durchwegs eigenartige, wenn auch trotz allem einsichtige Gemengelage: Die fortschreitende Parlamentarisierung zieht eine zunehmende Gewichtsverlagerung von den Partei- auf die staatlichen Instanzen nach sich; die Schere zwischen den maßgebenden Orientierungen in der Partei und den vom Volk gewählten Abgeordneten des Volkskongresses und zum Teil auch im Obersten Sowjet öffnet sich weiter. In der Partei herrscht weiter das Weltbild des alten Apparats, in den parlamentarischen Gremien und in der Regierung überwiegt das Reformelement. Die Partei als ganze ist tief verunsichert, aber als Machtfaktor noch zu stark, als daß die staatliche Führung resp. Gorbatschow sie sich selbst überlassen könnte.

Es ist also wohl nicht so, wie *Lew Kopelew* in einem Kommentar meinte, die Macht der Partei sei schon so gut wie am Ende. Aber der Anfang vom Ende der KPdSU als Staatspartei dürfte mit dem XXVIII. Parteitag gekommen sein, auch wenn mit ihr als Machtfaktor noch zu rechnen ist, zumal auf dem flachen Lande, wo Wirtschafts- und Gesellschaftsmacht mit der Parteimacht weiterhin so gut wie identisch sind, während in den großen Städten sich diese Identität bereits aufzulösen begonnen hat. Und sie wird als Machtfaktor in einem schwierigen Übergang wohl auch noch gebraucht, soll die Entwicklung in der Sowjetunion nicht unter wirtschaftlich sich noch weiter verschlechternden Bedingungen in einem Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen ethnischen (und religiösen) Kulturen untergehen oder in einen Kampf zwischen neuer Anarchie und altem Totalitarismus ausarten. Anders als in den ehemaligen Satelliten dauert die kommunistische Herrschaft in der Sowjetunion

selbst nicht nur länger und hat folglich – in einer Bevölkerung – ohne demokratische Vergangenheit – tiefere Wurzeln im Verhalten der Menschen geschlagen, sondern es fehlten nicht zuletzt auch wegen einer völlig gleichgeschalteten russisch-orthodoxen Kirche alle Gegengewichte, die jetzt im Systemwechsel dringend gebraucht würden.

Disharmonien

Regierung Mazowiecki zunehmend in Schwierigkeiten

Das Ende des Honigmondes für die erste vom Willen der Mehrheit des polnischen Volkes getragene, wenn auch noch nicht aus ganz freien Wahlen hervorgegangene Regierung ist angebrochen. Die Koalitionsregierung unter der Leitung des seit Monaten angesehensten und beliebtesten polnischen Politikers, *Tadeusz Mazowiecki*, verliert von Tag zu Tag an parlamentarischer Unterstützung, obwohl es im Sejm, der ersten Kammer des polnischen Parlaments, bisher keine Oppositionspartei gab – zumindest nicht bis zum Sommer 1990.

Seit dem Spätwinter gerät der Premier aber unter den zunehmenden Druck des Mannes, der ihn vor einem knappen Jahr zum Kandidaten der „Solidarność“ für das Amt des ersten nichtkommunistischen polnischen Regierungschefs nach 42 Jahren gekürt hatte. Der Vorsitzende der „Solidarność“-Gewerkschaft, *Lech Wałęsa* fordert eine Beschleunigung der politischen Reformen und eine Korrektur der Wirtschaftspolitik. Der Friedensnobelpreisträger erklärte „seinem“ Premier den Krieg und strebt, tatkräftig unterstützt von seinen neuen Beratern in der Danziger Gewerkschaftszentrale, das Amt des Präsidenten für sich an.

Zugleich fordert Wałęsa eine Auflösung der „Bürgerkomitees“ als politischer „Monostruktur“ und die Gründung politischer Parteien, wobei er

zuerst an eine Mitte-Rechts- (Christliche Demokraten) und eine Mitte-Links-Partei (Sozialdemokraten) denkt.

Während sich der Gewerkschaftsführer für die endgültige Spaltung des politischen Flügels der „Solidarność“ stark macht, um damit vermeintlich der Demokratisierung des Landes zu dienen, verlangten die Anhänger einer vorläufig beizubehaltenden Einheit der „Bürgerkomitees“, vor allem als „Solidarność-Komitee im Sejm, eine andauernde Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Reformvorhaben der Regierung Mazowiecki. In der schwierigen Übergangsphase vom Realsozialismus zur parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft seien Behutsamkeit, Berechenbarkeit und Stabilität der Regierung angesagt, keine Politik mit der Brechstange, die Wałęsa von hier vorgeworfen wird – mit Blick auf die Erwartungen der Bevölkerung, insbesondere aber auch mit Blick auf das Ausland, das von Polens neuer Führungselite Regierungsfähigkeit und Kontinuität erwarte, keine politischen Machtkämpfe und parteipolitischen oder persönlichen Fehden, die als ideologischer oder programmatischer Streit ausgegeben werden – so die Argumente der Leute um Parlamentsfraktionschef *Bronisław Geremek* und den Publizisten *Adam Michnik*. In der Polemik mit ihnen pflegt Wałęsa seinen Antiintellektualismus – er spricht von den „Eierköpfen“ in Warschau – und eine Tendenz zu populistischen Thesen mit dem Versprechen schneller Problemlösungen.

Natürlich sind die Motive für die unterschiedlichen Strategien innerhalb der „Solidarność“ nicht so rein und hehr, wie sie von den Protagonisten vorgetragen werden. Sie sind Ausdruck ebenso politischer Ambitionen wie objektiver politisch-gesellschaftlicher Strömungen in der ersten Phase des Postkommunismus. Der in die Danziger Gewerkschaftszentrale abgedrängte Wałęsa will die Karten neu mischen und das neue „Solidarność“-Machtzentrum in Warschau sprengen. Die sozialdemokratischen Strömungen in der „Solidarność“ und

die liberalen Technokraten der Macht – vor allem in der Wirtschaftspolitik – sehen allein unter dem Schirm des Markenzeichens „Solidarność“ die Möglichkeit, ihren politischen Einfluß zu erhalten.

Die *Verlagerung des politischen Spektrums nach rechts* ist in Polen allerorten zu spüren, das liberale Wirtschaftsprogramm des Finanzministers Balcerowicz gerät unter zunehmende Kritik. Die Wirtschaftspolitik ist der Angelpunkt, um den sich auch die Neuformierung der politischen Kräfte außerhalb der „Solidarność“ bewegt und Mazowieckis Koalitionsregierung zu Fall bringen könnte. Bis in die Reihen der Sejm-Fraktion der „Solidarność“ reicht die Kritik an der Wirtschaftspolitik, die zwar einen ausgeglichenen Haushalt, einen stabilisierten Złoty und einen Außenhandelsüberschuß aufweisen kann, zugleich aber eine halbe Million Arbeitslose zur Jahresmitte und eine zunehmend frustrierte Bauernschaft bescherte.

Noch kann und will Wałęsa lokal oder regional aufflackernde Streiks beenden. Das hilft Mazowiecki im Augenblick, unterstreicht jedoch gleichzeitig die Unentbehrlichkeit des Arbeiterführers.

In der Landwirtschaftspolitik steht die Regierung jedoch zunehmend allein, und hier erwächst ihr in der Bauernpartei (PSL) eine ernstzunehmende Gefahr, ja der Verlust der parlamentarischen Mehrheit. Die PSL regiert derzeit eine eigenartige Koalition aus alten Funktionären der ehemaligen Satellitenpartei der Kommunisten (ZSL) und abtrünnigen „Solidarność“-Bauernpolitikern. Der neue Vorsitzende der Bauernpartei, *Roman Bartoszcze*, war als „Solidarność“-Bauern-Kandidat ins Parlament gewählt worden. Die alten Bürokraten der Satelliten-Bauern (ZSL), die bis vor einem Jahr mit den Kommunisten eine prosozialistische Agrarpolitik zu legitimieren hatten, gerieren sich heute rechts und nationalistisch. Die unnatürliche Koalition aus instinktiven Gegnern des politischen Pluralismus und der Öffnung der Märkte und unzufriedenen „Solidarność“-Bauernpolitikern mit populistischen Losungen

ist eine ernstzunehmende Gefahr nicht nur für Mazowiecki, sondern auch für die entstehende politische Kultur in Polen. Wenn die Bauernpartei, bisher Koalitionspartner, sich endgültig als Oppositionspartei etablieren wollte, würde dies möglicherweise eine Kettenreaktion bei den unzufriedenen Gruppen unterschiedlicher Couleur auslösen und destabilisierend wirken.

Die katholische Kirche, die in den Zeiten der kommunistischen Diktatur, wenn erforderlich, ihre Vermittlungsdienste angeboten hatte, sucht in dieser auch für sie neuen Situation ihren eigenen Platz. Im politischen Pluralismus ist sie als Vermittlungsinstanz nicht mehr so gefragt. Sie muß sich vorsehen, daß sie sich nicht von bestimmten politischen Gruppen vereinbarheiten läßt oder für die Durchsetzung eigener Ziele (Abtreibungsverbot, obligatorischer Religionsunterricht an Schulen u. a.) sich einer politischen Partei verschreibt.

Da mag es wie ein blasses remake aus alter – für wen schlechten, für wen guten? – Zeit wirken, daß sich Ministerpräsident Mazowiecki und Gewerkschaftsführer Wałęsa Anfang Juli bei dem Versuch, die politischen Gegensätze zu überbrücken und einen „Burgfrieden“ zu schließen, der Einladung zu einem Treffen auf „neutralem“ Boden am Sitz von Erzbischof Dąbrowski, dem Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, in Warschau bedienten.

Am allerunglücklichsten fühlen sich in diesem Augenblick die immer noch millionenfachen Anhänger der „Solidarność“ und die Mitglieder der „Bürgerkomitees“, die sich durch ihre Spitzenpolitiker zu der Alternative Wałęsa oder Mazowiecki gedrängt sehen. Dabei haben sie seit kurzem die Auswahl zwischen der von Wałęsa-Anhängern gegründeten „Verständigung Zentrum“ und der „demokratischen Aktion“, die das Reformprogramm Mazowiecki weiterhin parlamentarisch und politisch abstützen will. Der Parteienbildungsprozeß auf den Trümmern der zerbrochenen Einheitsbewegung „Solidarność“ ist in vollem Gang. bi

Voreilig

Was steckt hinter der neuen Berlineuphorie?

Folgt man manchen Kommentaren der letzten Wochen, dann gibt es an *Berlin als künftiger Hauptstadt* eines wiedervereinigten Deutschland kein Vorbeimehr. Und in der Tat! Der Bundespräsident spricht sich nicht nur aus persönlicher Vorliebe für Berlin aus, sondern setzt dafür sein Amt ein. Vom Bundeskanzler heißt es, er habe sich „intern“ bereits für Berlin entschieden, er halte sich nur aus Opportunitätsgründen zurück und wolle die Wiedereinsetzung Berlins als Hauptstadt erst, wenn die sowjetischen Soldaten aus Ostberlin und aus der gesamten DDR abgezogen seien. *Lothar de Maizière*, der Ministerpräsident der DDR, indessen, möchte die Entscheidung für Berlin gar zur Bedingung für den Abschluß des zweiten Staatsvertrages, damit für die Überleitungsgesetzgebung zum Vollzug der Vereinigung machen, und kritisiert wie der Bundespräsident jedes Zögern – auch das des Kanzlers. Gäbe es also nicht hinhaltenen Widerstand durch die Ministerpräsidenten der meisten Länder, die Sache wäre wohl schon längst – noch bevor sich ein gesamtdeutsches Parlament dazu äußern kann – entschieden.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: wenn hier auf Berlin Bezug genommen wird und Bedenken gegen die ehemalige Reichshauptstadt als künftigen gesamtdeutschen Regierungssitz angemeldet werden, dann *spielen konfessionelle Gründe keine Rolle*. Und es ist auch kein süddeutsches Gemüt am Werk, das etwas gegen „Preußen“ oder „Norddeutsches“ allgemein hätte. Es ist zwar so, daß Katholiken sich in keinem deutschen Staat so wohl fühlten wie in der „Bonner“ Demokratie. Auch ist wahr, daß Protestanten gegen das Modell Bundesrepublik eher Vorbehalte hatten